

FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER
FRAKTION DIE LINKE

Sozial und solidarisch

DIE LINKE.
Fraktion in der BVV Lichtenberg

Die LINKE. Fraktion in der BVV Lichtenberg von Berlin,
im Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin
Mitarbeiterin: Dr. Daniela Fuchs
Tel.: 030/902 96 31 20, Fax: 030/55 92 307
E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de
www.linksfraktion-lichtenberg.de



Hendrikje Klein

HENDRIKJE KLEIN

D. Tietze

DANIEL TIETZE

VORWORT

LIEBE LICHTENBERGERINNEN UND LICHTENBERGER,

mit 20 Bezirksverordneten stellen wir die stärkste Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg. Darüber hinaus stellen wir mit Dr. Andreas Prüfer und Dr. Sandra Obermeyer zwei Stadträte im Bezirksamt.

Gemeinsam für Lichtenberg

Wir gestalten Politik nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern wollen gemeinsam mit Ihnen Politik für ein besseres Lichtenberg machen. Der Bürgerhaushalt und die Entwicklung Lichtenbergs zu einer Bürgerkommune sind uns dabei ein großes Anliegen.

Sozial ist Besser

Uns freut es, dass Lichtenberg seit mehr als zehn Jahren, wie ganz Berlin, wächst und verstärkt junge Familien in Lichten-

berg ihre Heimat finden. Dennoch dürfen wir bei aller Freude über diese positive Entwicklung die sozialen Probleme unseres Bezirkes wie die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die Kinder- und Altersarmut und die ansteigenden Mieten nicht vergessen. Hierzu bedarf es weiterhin sozialer Alternativen und Druck von links.

Stark vor Ort

Wir laden Sie ein, gemeinsam mit uns die Lichtenberger Politik zu gestalten. Deshalb sind wir an Ihrer Meinung und Ihren Problemen interessiert und möchten mit Ihnen gerne ins Gespräch kommen. Besuchen Sie unsere Bürgersprechstunden oder informieren Sie sich ständig im Internet über unsere Arbeit. Wir freuen uns auf Sie.

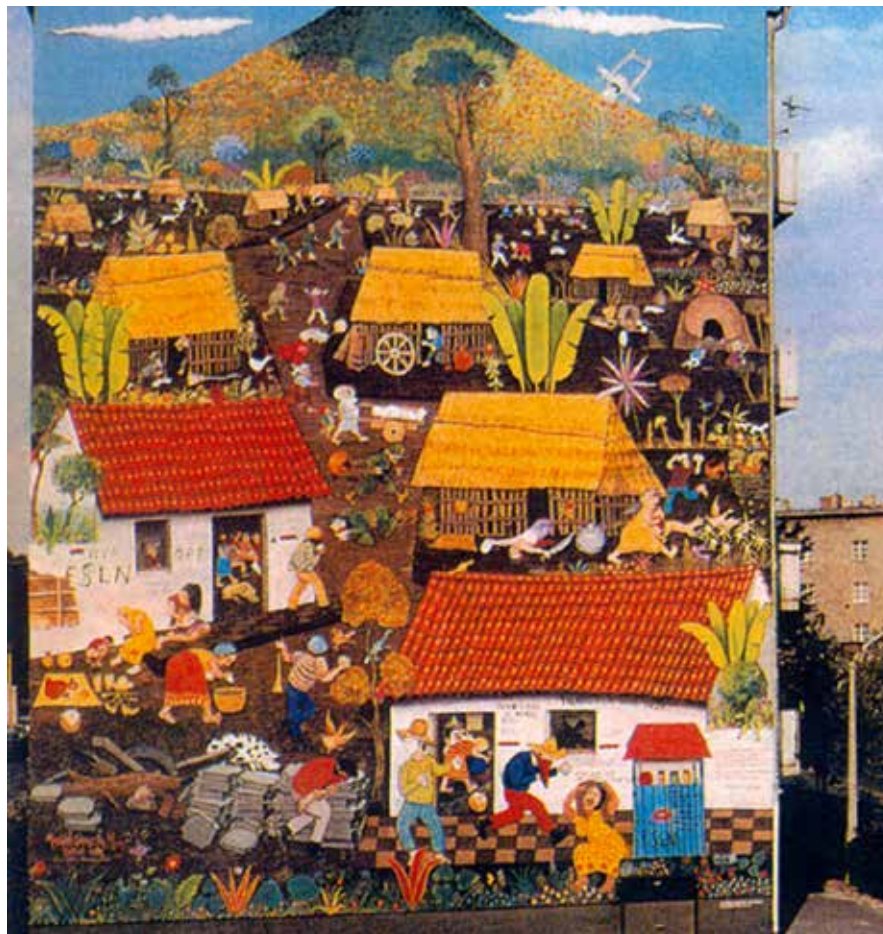
»Nicaragua – Monimbó 1978«
Wandbild von Manuel Garcia Moia

Das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg bitten Sie gemeinsam um Ihre Spende, damit diese Lichtenberger Sehenswürdigkeit wieder entstehen kann.

Spendenkonto: DE41 1007 0848 0525 6219 01
BIC: DEUTDEDB 110, Kulturring in Berlin e.V.
Kennwort Initiative Nicaragua Gemälde

**»NICARAGUANISCHES DORF –
MONIMBÓ 1978«. FÜR DIE WIE-
DERHERSTELLUNG SETZT SICH DIE
LINKSFRAKTION SEIT JAHREN EIN.**

Foto: Rainer Bosse



27. AUGUST 1985 – 30. SEPTEMBER 2005 – 20. JULI 2013

DREI KALENDERBLÄTTER ZU MONIMBÓ

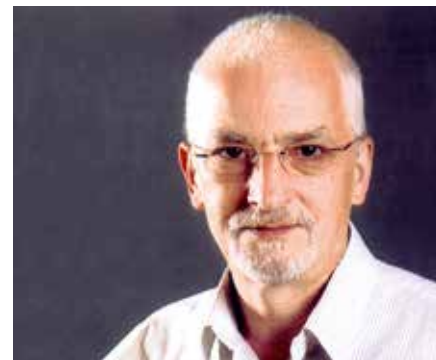
Das erste markiert die Enthüllung des Bildes »Nicaraguanisches Dorf – Monimbó 1978«. Mit einer Fläche von 255 Quadratmetern zählt es zu den größten und schönsten Bildern naiver Malerei in der Welt. Geschaffen hat es Manuel Garcia Moia, Nationalpreisträger für Naive Kunst Nicaraguas, gemeinsam mit den Berliner Künstlern Trakia Wendisch und Martin Hoffmann am Giebel in der Skandinavischen Straße 26. Dort blieb es für viele Jahre Blickfang und wurde eine der Sehenswürdigkeiten Lichtenbergs. Dann drohte im Zuge von Sanierungsmaßnahmen der Verlust des Bildes. Es ist dem un-

ermüdlichen Einsatz einer ehrenamtlichen Initiative um Christel und Joachim Schemel zu danken, dass nach der Sanierung eine originalgetreue Kopie des Bildes entstand. Dafür steht das zweite Kalenderblatt. Materialermüdung und Witterungseinflüsse sind dafür verantwortlich, dass das dritte Kalenderblatt für den Abriss des Bildes geschrieben werden musste. Unsere Fraktion setzt sich wie schon in den Jahren 2004 und 2005 dafür ein, dass das Wandbild wieder entstehen kann. Als Vorsteher der BVV habe ich 2013 einen »Runden Tisch« initiiert und gemeinsam mit Bezirksbürgermeister Geisel zum Erfolg führen

können. Dadurch konnte ein Grundstock von 49.000 Euro für die Rekonstruktion bzw. Restaurierung des Originalbildes geschaffen werden. 2015 kamen 14.200 Euro an Spendenmitteln hinzu. Wir werden die ehrenamtliche Initiative auch weiterhin unterstützen, denn es muss ein viertes Kalenderblatt geben, möglichst mit der Jahreszahl 2016.

RAINER BOSSE

Vorsteher der
Bezirksverordnetenversammlung





**FÜR DEN ERHALT ALLER
KLEINGÄRTEN STREITET UNSERE
FRAKTION IN DER BVV**

Foto: Norman Wolf

ALLE KLEINGÄRTEN ERHALTEN

»Kleingärtner sind Kleinbürger«. Mit diesen Worten begann ein Vertreter der CDU-Fraktion seinen Redebeitrag, in dem er begründete, warum er und seine Fraktion unserem Antrag zum Erhalt der Kleingartenanlagen in Lichtenberg so nicht folgen könnten. Schließlich müsse sich das Einzelinteresse Kleingarten z. B. dem Gemeinwohl Wohnungsbau unterordnen. Doch Wohnungsbau und Kleingärtenerhalt dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Unsere

Bemühungen für den Erhalt der Kleingärten werden wir fortsetzen. In der städtebaulichen Entwicklung übernehmen die Kleingärten neben den sozialen Komponenten auch immer mehr wichtige ökologische Funktionen. Sie nehmen einen wichtigen Teil des öffentlichen Grüns in den Städten ein und viele Kinder sammeln in den Kleingärten erste Erfahrungen im Umgang mit der Natur. Die Gärten bilden eine wichtige Rückzugsquelle für viele Tiere und beein-

flussen das Stadtklima positiv. Die Übertragung der KGA »Frühauf II« auf dem Gelände der DB AG ist nur der Anfang einer Übertragungswelle. Weitere 13 Anlagen in Lichtenberg befinden sich auf Flächen, die dem »Bahn-Imperium« gehören. Auch dieses Beispiel zeigt, rechtzeitige Information ermöglicht angemessene Reaktion.

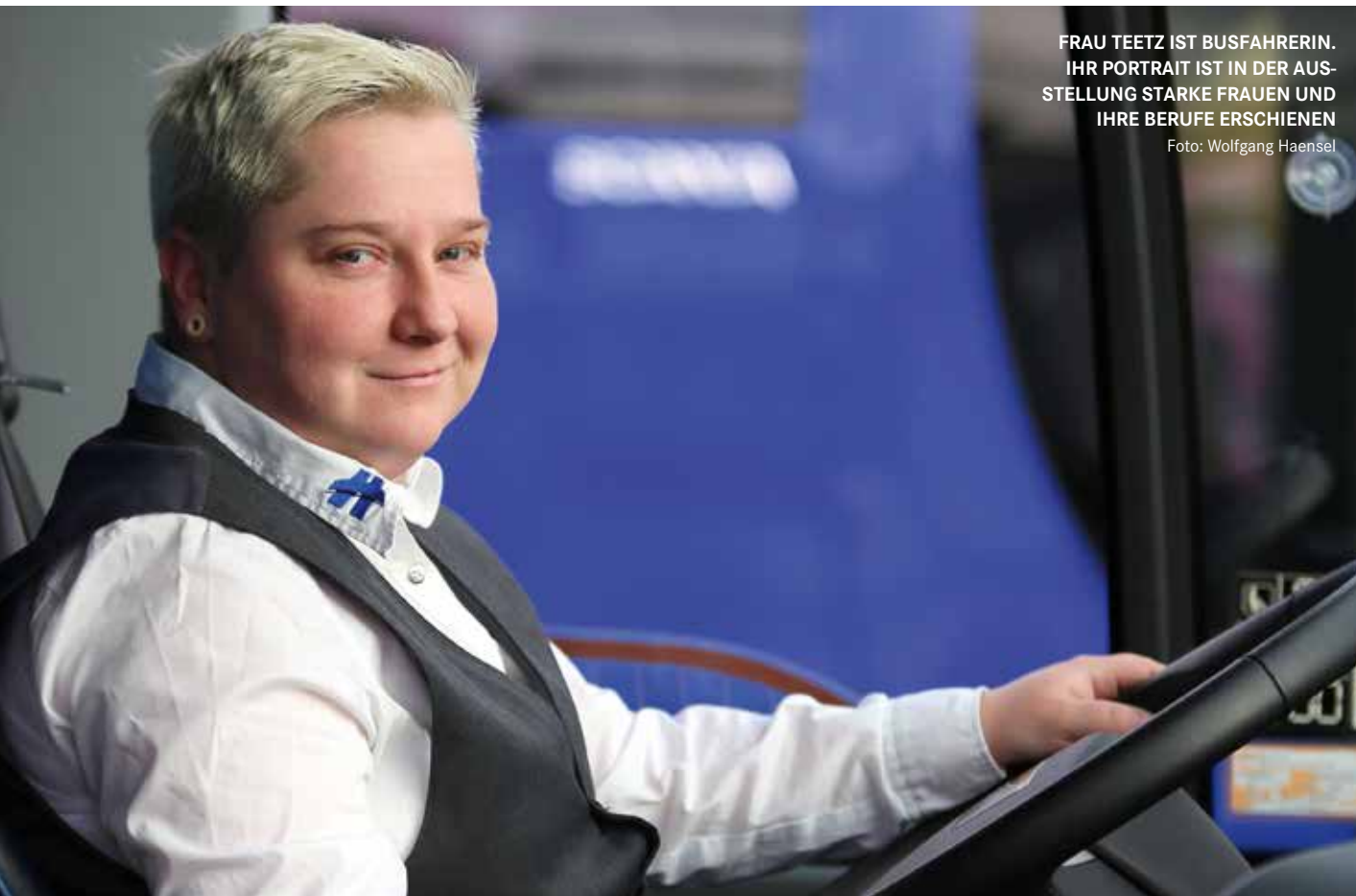
PETER FISCHER
umweltpolitischer Sprecher



FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
KATRIN FRAMKE

**FRAU TEETZ IST BUSFAHRERIN.
IHR PORTRAIT IST IN DER AUS-
STELLUNG STARKE FRAUEN UND
IHRE BERUFE ERSCIENEN**

Foto: Wolfgang Haensel



KULTUR FÜR ALLE

Kunst und Kultur zählen nicht gerade zu den Kompetenzfeldern der Zählgemeinschaft aus SPD, CDU und Grünen. Deshalb hat die Linksfraktion auf diesem Feld besonders viel zu tun. Zeitgenössische oder traditionelle Kunst- und Kulturangebote sollen für alle auch zugänglich und erlebbar sein. Zahlreiche Initiativen wurden von uns angestoßen, um z. B. das Gewerbegebiet Herzbergstraße für kulturelle Nutzungen zu öffnen, die Bibliotheken für die Zukunft zu sichern oder auch anlässlich von 105 Jahren Frauentag eine Ausstellung über Lichtenbergerinnen und ihre Berufe zu realisieren. Eine aktuelle Kulturentwicklungsplanung wurde von uns auf den Weg gebracht, um

die kulturelle Infrastruktur des Bezirks zu erhalten und zu entwickeln. Denn die Vielfalt und Qualität der Kultur in Lichtenberg mit seinen etablierten Künstlerinnen und Künstlern, einer wachsenden freien Szene, kreativer Kulturwirtschaft, vielschichtigen soziokulturellen Angeboten und unermüdlichem bürgerschaftlichen Engagement prägen einen wichtigen Teil der Lebensqualität im Bezirk. Dazu zählen zum Beispiel die kommunalen Galerien, die Jugendkunstschule, das Mies van der Rohe Haus, das Museum im Stadthaus, das Kulturhaus Karlshorst, das Keramikatelier aber auch die Bibliotheken, die Schostakowitsch Musikschule und die

Volkshochschule. Wir setzen uns dafür ein, das Musikschulkonzept fortzuschreiben und Lichtenberger Kita-Kindern entgeltfreien Musikunterricht zu ermöglichen. Wir setzen uns im Kulturbereich hartnäckig für eine ausreichende Finanzierung und eine gute Personalausstattung ein. Nur so können wir sicherstellen, dass kulturelle Angebote möglichst viele Lichtenbergerinnen und Lichtenberger – unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder Geldbeutel – erreichen.

KATRIN FRAMKE



FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
INGEBORG GÖRSDORF



NICHTSCHWIMMER-ALARM
VERORDNETE ERMÖGLICHEN REGELMÄSSIG IN DEN
FERIEN KOSTENLOSEN SCHWIMMUNTERRICHT

Foto: Silke Wenk

SPORT IN LICHTENBERG – SPORT FÜR LICHTENBERG

Der Sport hat nachweislich in vielen Lebensbereichen einen positiven Einfluss in der Präventionsarbeit, ob im Gesundheitswesen, in der Bildung, bei der Integration von Migrantinnen und Migranten oder bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung. Sport ist auch ein Wirtschaftsfaktor.

Im Bezirk gibt es 82 Sportplätze und 196 ungedeckte Sportanlagen sowie 3 Schwimmhallen. In etwa 150 Sportvereinen sind ca.

27500 Sportlerinnen und Sportler aktiv. Zudem nutzen 14000 Bürgerinnen und Bürger diese Anlagen als Freizeitsportler. Dem Bezirkssportbund gehören 56 Vereine an.

Für uns als Linke ist wichtig, dass sich Sportförderung nicht zum Nachteil des Breitensports verändert und somit die Nachwuchsarbeit im Kinder- und Jugendsport gefährdet wird, denn wo keine Breite gelebt wird, kann sich keine Spitze entwi-



ckeln. Mit unseren Anträgen in der BVV versuchten wir, diesem Anspruch treu zu bleiben.

So haben wir dazu beigetragen, dass in Karlshorst ein Sportplatz entstehen wird, der seit Jahren höchste Dringlichkeit im Interesse des Vereins-, Schul- und Breitensports hat.

INGEBORG GÖRSDORF
sportpolitische Sprecherin

FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
JÜRGEN HOFMANN



DAS BILD ZEIGT DEN
BESUCH DES BOTSCHAFTERS
DER REPUBLIK SÜDAFRIKA
IN DER GEDENKSTÄTTE
DER SOZIALISTEN
IM DEZEMBER 2015.

Foto: Sabine Franzke

ERINNERN FÜR GEGENWART UND ZUKUNFT

Lichtenberg spiegelt mit mehreren authentischen Stätten wichtige Ereignisse und Etappen der widerspruchsvollen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Für DIE LINKE ist deshalb die Erinnerung und die Auseinandersetzung mit Geschichte ein wichtiges Anliegen. Besondere Aufmerksamkeit verdient der antifaschistische Widerstand. Auf Initiative der Fraktion wurde im Rathaus eine Tafel eingeweiht, die an die Kommunalpolitiker, Arbeiter und Angestellten erinnert, die 1933 ihr erworbenes Mandat nicht mehr antreten durften bzw. der Säuberung der Verwaltung zum Opfer fielen. Darunter befand sich auch Ernst Torgeler, mit Dimitroff im Reichstagsbrandprozess

angeklagt. Vor seinem Wohnhaus in Karlsruh informiert jetzt eine Tafel über die widerspruchsvolle Biografie. Nicht weit davon wohnte der spätere SPD-Vorsitzende der Bundesrepublik Erich Ollenhauer. Auch ihm wurde eine Tafel gewidmet. Die Arbeitsgruppe Gedenktafeln beim Kulturausschuss der BVV und der Fond für Erinnerungskultur geht übrigens auf Initiativen der Linksfraktion in früheren Wahlperioden zurück.

DIE LINKE stellt sich aber auch konfliktreichen Gegenständen. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Arbeitshauses Rummelsburg hat die Fraktion vor Jahren angeregt. Seine Nutzung als



Verwahrnalt für Marginalisierte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, als Vorzimmer der Vernichtung während der NS-Zeit und als Gefängnis in der DDR birgt hinreichend Stoff für geschichtspolitische Konflikte. Hier gilt es vor allem die quellenbedingten Leerstellen für die NS-Zeit zu füllen.

In Hohenschönhausen wird künftig ein neues Wohnquartier an ostdeutsche Olympioniken erinnern.

PROF. JÜRGEN HOFMANN

Vorsitzender des Ausschusses für ökologische Stadtentwicklung, kulturpolitischer Sprecher



2015 FEIERTEN WIR 10 JAHRE
BÜRGERHAUSHALT AM ROSENRONDELL
IM FENNPFUHL PARK.

Foto: Rainer Bosse

WENN LICHTENBERGERINNEN UND LICHTENBERGER MITENTSCHEIDEN

Der Bürgerhaushalt Lichtenberg wurde im Jahr 2015 bereits 10 Jahre alt. Einer der wichtigsten Erfolge der Menschen, die sich daran beteiligt haben, ist der Erhalt des Nachbarschaftshauses KultSchule in Friedrichsfelde. Mittlerweile hat das Haus mit seinen Vereinen wieder eine Entwicklungsperspektive. Die vielen Vorschläge für öffentliche Toiletten haben auch Bewegung in die Debatte gebracht. So gibt es mittlerweile eine Übersicht über die vorhandenen Toiletten und eine Prioritätenliste, wo welche fehlen. Als erste preiswerte Versuchstoilette wurde an der Rummels-

burger Bucht eine Ökotoilette aufgestellt. Die Linksfraktion hat die ganzen Jahre die Einmischung der Lichtenbergerinnen und Lichtenberger beim Bürgerhaushalt intensiv unterstützt. Der Beitrag der SPD-Bezirksbürgermeisterin ist hingegen sehr schwach ausgefallen, doch wir lassen nicht locker. So auch in Sachen TTIP und CETA, hierzu hat unsere Fraktion einen Antrag eingebracht, der diese Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada komplett ablehnt und die öffentliche Daseinsvorsorge schützt. Der mehrheitliche Beschluss in der BVV hat deutschlandweit



für Aufsehen gesorgt. Leider fühlt sich die SPD-Bezirksbürgermeisterin auch hieran nicht gebunden und lässt den Beschluss links liegen. Für die Bürgerbeteiligung waren das fünf sehr schwierige Jahre. Immer wieder musste unsere Fraktion Transparenz und Verbindlichkeit einfordern. Dafür werden wir auch weiterhin streiten!

HENDRIKJE KLEIN

Fraktionsvorsitzende und
Vorsitzende des Haushaltsausschusses

FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
JANNEH MAGDO

**FÜR TOLERANZ UND
GLEICHBERECHTIGUNG:
MIT DER »SCHWULEN
AMPEL« SETZEN WIR EIN
SIGNAL DAFÜR**

Foto: Silke Wenk



GEGEN SEXISMUS. FÜR DIE »SCHWAMPEL«.

Lichtenberg ist der Bezirk der Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Der Einsatz hierfür braucht wahrnehmbare Symbole – beispielsweise dafür, gleichgeschlechtliche Liebe genauso wert zu schätzen wie andere Partnerschaften. Daher hat die Linksfraktion erfolgreich den Antrag eingebracht, dass auch gleichgeschlechtliche Pärchen auf Ampeln abgebildet werden. Damit ist Lichtenberg berlinweit der erste Bezirk, der sich für eine solche Initiative ausgesprochen hat. Auch die Berliner Presse hat die LINKE Initiative medial positiv aufgegriffen und umfangreich Bericht

erstattet. Da der Senat das letzte Wort in Sachen »Schwampel« hat, liegt es nun an SPD-Stadtentwicklungs-Senator Geisel, den Beschluss der BVV in die Tat umzusetzen und seine bisherige Blockadehaltung aufzugeben.

Der Kampf gegen Diskriminierung bedeutet auch, sich gegen Sexismus stark zu machen. Denn: Sexistische Werbung manifestiert Geschlechterhierarchien. Ziel unseres in der BVV eingebrachten Antrages war es, dass zukünftig bezirkseigene Werbeflächen frei von sexistischer und frauenfeindlicher Werbung sein sollen.



In Lichtenberg gibt es derzeit keine Möglichkeit für Frauen nach einer Vergewaltigung anonym eine Spurensicherung vornehmen zu lassen, ohne dass sofort die Polizei informiert wird. Viele Opfer sind direkt nach der Tat oft nicht in der Lage, eine Entscheidung für oder gegen eine Anzeige zu treffen. Die Linksfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass eine solche Stelle für Opfer sexueller Gewalt geschaffen wird.

JANNEH MAGDO

FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
DAGMAR MÜLLER



**MODERNISIERUNGEN SIND OFT NICHT
SOZIALVERTRÄGLICH. HIER HELFEN
UMSTRUKTURIERUNGSVEREINBAREN**

Foto: Silke Wenk

MANGELWARE WOHNUNGEN

2011 wurde ich in die BVV Lichtenberg gewählt. Mein Thema ist seit Jahren die Stadtentwicklung und mein Ziel war es, Milieuschutzsatzungen für die Lichtenberger Altbaugebiete durchzusetzen, um die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu verhindern. Drei Jahre haben wir dafür gekämpft. Nun hat das Bezirksamt eine Studie – zunächst einmal für den Weitlingkiez in Auftrag gegeben – und das Ergebnis ist abzuwarten.

Ein anderes Thema sind Modernisierungen von Wohnungen ohne eine sozialverträgliche Lösung für die Mieter. Im Wohngebiet Anna-Ebermann-Straße hat das Bezirksamt mit dem Eigentümer der Wohnungen

eine Umstrukturierungs-Vereinbarung abgeschlossen, damit die Auswirkungen für die Mieter sozial abgefedert werden.

In den letzten 2 Jahren hat sich abgezeichnet, dass es eine zunehmende Verdichtung der Wohnbebauung gibt. Bezahlbare Wohnungen sind Mangelware. Nun ist Bauen nicht schlechtes, wenn es dazu führt, preiswerten Wohnraum zu schaffen. Aber sind Mieten ab acht Euro sozialverträglich? Das Berliner Modell der kooperativen Baulandgewinnung sieht vor, dass 30 Prozent der Wohnungen an MieterInnen mit WBS-Berechtigung vergeben werden sollen – bei einer Miete von sechs Euro. Ist



dies sozialverträglich? Aber die Mieten sind bei dem Bauboom nur ein Problem. Wo Wohnungen gebaut werden, ziehen Menschen mit Kinder hin. Aber auch Kita- und Schulplätze sind in Boomtown Lichtenberg Mangelware.

An diesem Beispiel zeigt sich, wie komplex das Thema Stadtentwicklung ist, wie sensibel man mit dem Grund und Boden umgehen muss, denn Wohnungen ziehen notwendige Gemeindebedarfsflächen nach sich. Bauen allein reicht nicht.

DAGMAR MÜLLER

Sprecherin für Wohnungs- und Mietenpolitik



**SOLIDARISCH MIT
SCHÜLERPROTESTEN IN DER BVV**
Foto: Norman Wolf

SCHULEN BRAUCHEN FREIRÄUME

Lichtenberg befindet sich mit rasant steigenden Schülerzahlen im Umbruch. Zahlreiche Schulstandorte entstehen neu, bis 2020 über 20 Grundschulzüge. Der Linksfraktion war dabei besonders wichtig, dass die Bauvorhaben auch zuverlässig finanziert werden und dass frühzeitig geeignete Grundstücke gefunden und gesichert werden (DS/1030/VII) – denn die Berliner Landespolitik ging mit der Infrastruktur der Stadt stiefmütterlich um. Mittlerweile konnte die Senatsverwaltung dazu bewegt werden, alle noch nicht unteretzten Bauvorhaben bis 2020 zu finanzieren. Ein Erfolg, der u. a. durch den anhaltenden Druck auf die Verantwortlichen erzielt werden konnte.

Mindestens ebenso wichtig wie die Bereitstellung von Schulplätzen ist die Entwicklung der jeweiligen Standorte. »Schulen brauchen (Frei-)Räume« forderte die Linksfraktion (DS/1809/VII) und will damit sicherstellen, dass Sporthallen, Mensen, Freiräume, Teilungsräume, Lehrerzimmer, Horräume und Schulhöfe den Anforderungen steigender Schülerzahlen gerecht werden. Statt der sogenannten »temporären Verdichtung« setzte die Linke auf eine nachhaltige Standortentwicklung, wie sie etwa am Grünen Campus Malchow erreicht werden konnte.

Ein angemessenes bezirkliches Angebot an Schulplätzen ist zudem eine Frage der



Qualität. Gute Lernerfahrung und ein gesunder Schulalltag benötigen einen funktionierenden Betrieb. Der Bezirk muss dabei unter anderem sicherstellen, dass die Schulreinigung zuverlässig und gründlich stattfindet. Die Linksfraktion forderte die Erfüllung der einschlägigen DIN-Norm, die im Jahr 2016 weitgehend erreicht werden wird, und verlangt eine zügige Verbesserung der Reinigungsleistung, wo immer es möglich und erforderlich ist (DS/1292/VII).

MICHAEL NIEDWOROK
schulpolitischer Sprecher

FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
DR. SANDRA OBERMEYER

FÜR EINE GESUNDE
ERNÄHRUNG: UNSERE
VERORDNETEN VER-
MITTELTEN OBSTPATEN-
SCHAFTEN ZWISCHEN
SCHULEN UND OBST-
BETRIEBEN

Foto: DIE LINKE



FAMILIENGERECHTES LICHTENBERG

Vierzigtausend Kinder und Jugendliche leben in Lichtenberg. Das Jugendamt trägt zur Förderung von Kindern, ihrer Bildung, ihrem Schutz und Unterstützung ihrer Familien bei. Auch geflüchtete Familien, Kinder und Jugendliche gehören dazu. Seit 2010 stieg die Zahl der Lichtenberger Kinderbetreuungsplätze um ein Drittel, aktuell gibt es ca. 13500 Plätze. 2015 wurden ca. 82 Prozent aller Eltern mit Neugeborenen von KollegInnen des Gesundheitsamtes besucht und beraten. Das Audit Familiengerechte Kommune haben wir als Impuls für neue Aufgaben, für mehr Angebote in

Familienzentren und den Aufbau eines Familienbüros genutzt. Wir streiten für mehr Personal in den Jugendämtern, um diese anspruchsvolle Aufgabe erfüllen zu können. Gesundheit bei Kindern fördern heißt z. B. auf gesundes Essen in Kitas hinwirken. Probleme, angesichts des demografischen Wandels diskutieren wir in der Veranstaltungsreihe »Leben und gesund alt werden in Lichtenberg«, in Kooperation mit den beiden Krankenhäusern im Bezirk. Die Filmreihe »Irrsinnig menschlich« trägt dazu bei, dass psychische Erkrankungen mehr öffentliche Aufmerksamkeit finden.



Kindern und Jugendlichen mit diesem Krankheitsbild wurde eine Gesundheitskonferenz gewidmet mit konkreten Forderungen an Land und Bezirk. Fragen der Prävention haben wir uns mit dem Projekt der geschlechtersensiblen Krebsvorsorge gewidmet. Wir wollen im Bezirk von alleinerziehenden, gestressten Berufstätigen, über erwerbslose Menschen, für Kinder bis hin zu älteren und alten Menschen, Ideen für Gesundheitsfürsorge entwickeln.

DR. SANDRA OBERMEYER

Stadträtin für Jugend und Gesundheit

FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
CHRISTIAN PETERMANN

**NEUE WOHNUNGEN ZU BEZAHLBAREN
MIETEN – DAFÜR KÄMPFEN WIR**

Foto: Christian Petermann



MIETENPOLITIK DES BEZIRKSAMTES IST ERNÜCHTERND

Die Errichtung von Wohnungen beherrscht das Lichtenberger Baugeschehen. In jedem der letzten vier Jahre wurden im Durchschnitt 1.800 Wohnungen neu genehmigt. Dies reicht aber nicht aus, um die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu entspannen. Denn zum einen kamen auch jährlich 3.500 neue Einwohner zu uns. Zum anderen muss für die Miete in den neu errichteten Wohnungen tief ins Portemonnaie gegriffen werden, für viele zu tief.

Dies hat DIE LINKE kommen sehen. Deswegen war einer der ersten Anträge an das Bezirksamt, für das Neubauvorhaben der

Howoge in der Treskowallee der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft das Grundstück kostenfrei mitzugeben. Dies hätte die durchschnittliche Miete pro Quadratmeter um einen Euro senken können. Gemeinsam mit anderen Maßnahmen hätten, statt der jetzigen mindestens zehn Euro bezahlbare Mieten herauskommen können.

Das bezirkliche Bündnis für Wohnen, welches mit großer Presseaufmerksamkeit als Meilenstein zu mehr sozialem Wohnungsbau gefeiert wurde, hat sich weitgehend als wirkungslos erwiesen. Eine konkrete Abrechnung der sozialen Ziele wird uns verweigert.



Langsam scheint sich aber der Wind zu drehen. Nach fünf Jahren wurde tatsächlich ein Baugrundstück an eine Wohnungsbaugesellschaft, mit der Auflage niedriger Mieten, übereignet, so wie DIE LINKE es von Beginn an gefordert hat. Wenn nun noch Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften mit öffentlichem Geld bei der Errichtung neuer Wohnungen unterstützt würden, sodass sie diese günstig vermieten können, wäre viel gewonnen.

CHRISTIAN PETERMANN
haushaltspolitischer Sprecher

FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
DR. ANDREAS PRÜFER



**DAS BÜRGERAMT NEBEN DEM
RATHAUS LICHTENBERG**

Foto: Norman Wolf

WIR KÖNNEN ERST ZUFRIEDEN SEIN, WENN DIE BÜRGER ZUFRIEDEN SIND

Fünf Jahre Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Ordnungsangelegenheiten und Immobilien das waren fünf Jahre intensiver Bürgerkontakt, Bürgerbeschwerden beantworten und Abhilfe schaffen, jedes Jahr 20 Millionen Euro verbauen, Kunstwettbewerbe durchführen, Tiere verwahren, Tierschutz durchsetzen und Lebensmittelhygiene kontrollieren, Personalabbau und -zuwachs verkraften, Grundstückspolitik begleiten. Das Ordnungsamt ist in dieser Zeit und durch mein Zutun eine feste Bank für Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit im Bezirk geworden. Im Interesse Schwächerer, Fußgängern, Kindern, Menschen mit Behinderung haben wir die Parkordnung durchgesetzt, wurden Geschwindigkeits-

beschränkungen und verkehrsberuhigte Bereiche angeordnet. Als Vorreiter beim Internet-Portal Maerker blieb Lichtenberg auch bei Ordnungsamt Online spitze. Die Lichtenberger Bürgerämter standen monatelang in der Kritik. Ich habe mit längeren Öffnungszeiten und Strukturveränderungen gegengesteuert, den Personalabbau im Bürgeramt erfolgreich verhindert. Eine wachsende Stadt kommt zuerst in den Bürgerämtern an! Dass wir noch in diesem Jahr acht neue Stellen schaffen, ist Lohn der Mühe. Jahr für Jahr wurden alle Mittel für die dringend erforderlichen Baumaßnahmen auch ausgegeben. Schulen, Jugendclubs und Sporthallen sind fertig geworden.



Und 2016 beginnt auch der Neubau der Coppi-Sporthalle.

Und natürlich waren wenigstens die letzten zwei Jahre geprägt von der täglichen Aufgabe, Flüchtlinge freundlich zu empfangen. Ich habe meinen Beitrag geleistet, damit sich deren Lebensbedingungen – auch in Notunterkünften – menschlich gestalten lassen, dass sie sich in das Leben im Bezirk integrieren können.

DR. ANDREAS PRÜFER

Stadtrat und Leiter der Abteilung Bürgerdienste, Ordnungsangelegenheiten und Immobilien, Stellvertretender Bezirksbürgermeister

FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
KATJA SEIDEL



**UNTERSTÜTZUNG FÜR
ELTERN MIT KINDERN IM
ERSTEN LEBENSJAHR
FORDERN WIR**
Foto: Katja Seidel

FAMILIENFÖRDERUNG GANZ GROSS

Wie sich Kinder- und Jugendpolitik im Bezirk gestalten lässt, wenn im Rathaus nicht nur über Zahlen entschieden wird, sondern die Bedarfe mit Stimmen von Projekten und Familien untersetzt sind, hat das Thema Familienförderung in Lichtenberg eindrucksvoll gezeigt. Für den Haushalt 2016/2017 hatte die Linke 300.000 Euro zusätzlich für Familienförderung beantragt. Dazu passte, dass sich die Sondersitzungen des Jugendhilfeausschuss ganz diesem Thema widmeten und deutlich machten, welche Angebotsvielfalt mit hohem Engagement im Bezirk existiert. So z.B. das Familienhebammenprojekt »Will-

kommen im Leben!«, die Patengroßeltern und der Familientreff der »Berliner Familienfreunde« oder die größeren Familieneinrichtungen wie »Grashalm«, »FLIBB« und »Alte Schmiede«.

Deutlich wurde, dass alle Regionen des Bezirks personell gut ausgestattete Familientreffs brauchen, die alle Familien ohne lange Wege und Hürden erreichen können. Eltern brauchen und wollen Treffpunkte und Angebote, die sie gerade im ersten Lebensjahr des Kindes unterstützen. Angebote wie Krabbelgruppen und Babysmassage stärken die frühkindliche Entwicklung des Kindes und familiäre Bindungen. In



den Familienzentren haben die Eltern kompetente Ansprechpartnerinnen, den Austausch mit anderen Eltern und Orte zum Kraft tanken.

Nachhaltige Familienförderung ist mit einer wachsenden Zahl von Kindern nicht wegzudenken. Die Erhöhung der Mittel um insgesamt 200.000 Euro durch Bezirksamt und BVV sind ein gutes Signal für ein familienfreundliches Lichtenberg.

KATJA SEIDEL

Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses

FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
BIRGIT STENZEL



**HILFE FÜR DIE NOTUNTERKUNFT KARLSHORST:
DIE BEZIRKSVERORDNETE SILKE MOCK, DIE DIREKT
GEWÄHLTE BUNDESTAGSABGEORDNETE GESINE LÖTZSCH
UND EVRİM SOMMER (BEZIRKSVORSITZENDE DIE LINKE)
ÜBERREICHEN SPENDEN AN JENS QUADE
(DRK-PRÄSIDENT MÜGGELSPREE) UND DR. RETTER
(VIZEPRÄSIDENT DES DRK-BERLIN)**

Foto: Norman Wolf

LICHTENBERG HEISST ALLE GEFLÜCHTETEN WILLKOMMEN

In Lichtenberg leben zur Zeit ca. 6.000 geflüchtete Menschen in 13 Unterkünften. Diese Menschen haben einen Anspruch auf menschenwürdige Behandlung. Dies beginnt mit der Wohnsituation. Auf keinen Fall akzeptabel ist eine Unterbringung in Turnhallen und anderen Massenquartieren, die keine Privatsphäre der Bewohner ermöglichen. Derartige Unterbringungen behindern auch die Integration der Geflüchteten. Unsere Initiativen richten sich sowohl auf die Sicherung von Qualitätsstandards in den verschiedenen Gemeinschaftsunterkünften, aber auch auf die Versorgung mit Wohnraum. Die im Eigentum des Energie-

konzerns »Vattenfall« stehende »Gaswerksiedlung« soll wieder als Wohnraum, gerade auch für Geflüchtete, zur Verfügung stehen. Wir wollen für Geflüchtete einen verbesserten Zugang zu Sprachkursen und zum Arbeitsmarkt erreichen und unterstützen die Arbeit der Integrationslotsen sowie das Engagement der ehrenamtlichen z.B. im Rahmen der Initiative »schnell – helfen – in Lichtenberg«.

Wir packen auch ganz praktisch mit an, zum Beispiel bei der Einrichtung der Notunterkünfte.

Überall im Bezirk suchen wir das persönliche Gespräch mit den Bürgerinnen und Bür-



gern um ein solidarisches Miteinander aller hier lebender Menschen zu erreichen. Wir treten konsequent rassistischen Äußerungen und Gerüchten über Geflüchtete entgegen. Wir nehmen die Fragen und Sorgen der Anwohner ernst und suchen gemeinsame Antworten. Begegnungen zwischen den Anwohnern und Geflüchteten helfen, gegenseitige Vorurteile abzubauen. Lichtenberg ist und bleibt weltoffen und vielfältig.

BIRGIT STENZEL

Vorsitzende des Integrationsausschusses

UWE SCHWENZER

FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
DANIEL TIETZE



**DAMIT WARTESCHLANGEN
DER VERGANGENHEIT ANGEHÖREN
FÖRDERT DIE LINKE MEHR PERSONAL
FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG**

Foto: Janneh Magdo

GUTE ARBEIT – AUCH FÜR DEN BÜRGER

Auf Beschluss von Senat und SPD, CDU und Grünen in der BVV mussten bis 2020 mehr als 280 Stellen abgebaut werden. Damit sollte fast jede siebente Stelle dem Rotstift geopfert werden. Die Hauptlast mussten die Grünflächenunterhaltung, die Seniorenklubs durch Privatisierung und die Jugendhilfe und Familienförderung tragen. Erbitterte Beschäftigtenproteste und weiße Flaggen in den Amtstuben wurden eiskalt übergangen.

Unsere Fraktion hat immer darauf hingewiesen, dass ein wachsender Bezirk Lichtenberg keine schrumpfende Verwaltung braucht. Ergebnis dieses Personalabbaus war, dass Lichtenberg zwar Gewinne erwirtschaftete, diese aber mit einem Hand-

lungsverlust des Bezirks, zunehmenden Gesundheitsausfällen und langen Wartezeiten für die Bürgeranliegen bitter bezahlte. Die Pflege von Grünflächen sollte mitunter komplett privatisiert werden.

Diese politisch gewollte Mangelwirtschaft konnte nicht lange gut gehen. Auf unseren Druck hin erfolgte eine vorsichtige Korrektur. Mit unserem Konzept »Lichtenberger Verwaltung 2021« steht das Bezirksamt jetzt in der Pflicht die erfolgten Privatisierungen zu überprüfen und zurückzuholen. Auch soll jetzt nicht aufgrund einer »Zielzahl«, sondern aufgrund der fachlichen Notwendigkeit die Personalentwicklung im Bezirk erfolgen. Mit ersten Korrekturen bei der Rücknahme der Privatisierung



der Grünflächenpflege und der Einstellung von zusätzlichem Personal in den Jugend-, Gesundheits- und Bürgerämtern ist ein Anfang gemacht.

Solange der Senat sich nicht vom Personalabbau verabschiedet, ist diese Entwicklung jedoch Flickschusterei. Daher fordern wir den sofortigen Stopp des Personalabbaus in den Bezirken. Berlins Einnahmen und Aufgaben sind gestiegen. Es ist jetzt Zeit die Verwaltung wieder aufzubauen, damit der bevorstehende Generationswechsel für einen attraktiven und funktionierenden öffentlichen Dienst genutzt wird.

DANIEL TIETZE
Fraktionsvorsitzender



IM KIEZ AKTIV:
JÜRGEN STEINBRÜCK (VORSITZENDER DER
SENIORENVERTRETUNG LICHTENBERG)

Foto: Silke Wenk

LICHTENBERG – SENIOREN- FREUNDLICHKEIT IST PFLICHT

Lichtenberg erlebt mit dem Zuzug an jungen Familien eine erfreuliche Entwicklung. Dennoch altert der Bezirk und ist die Gestaltung zu einem seniorenfreundlichen Bezirk nötiger denn je. Daher ist uns die Schaffung seniorenfreundlicher Angebote und Wohnumgebung ein besonderes Anliegen. Die seniorenfreundliche Gestaltung von Wohnungen, dem ÖPNV und auch eine gute ärztliche Versorgung sind hierfür gute Rahmenbedingungen, für die wir uns einsetzen. Hier bedarf es eines bezirklichen Demographiekonzepts.

Mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz sind bezirkliche Seniorenvertretungen entstanden. Es freut uns, dass sich Senioren aktiv

einbringen, Gehör finden und dass mit der Senioren-BVV ein Ort der Rechenschaft der Politik gegenüber den Anliegen von Senioren geschaffen wurde.

Mit unserer Unterstützung ist die barrierefreie Gestaltung von Fußwegen durch Absenken von Bordsteinen deutlich ausgebaut worden. Auch hat Lichtenberg endlich einen dritten Pflegestützpunkt. Darüber hinaus haben wir für eine gerechte Finanzierung von Mobilitätshilfsdiensten und Mobilitätshelfern gestritten.

Durch den Personalabbau sind die kommunalen Seniorenfreizeiteinrichtungen in ihrer Existenz bedroht worden. Die Übertragung in freie Trägerschaft konnte deren



Erhalt für das Erste sichern. Dennoch dürfen diese Angebote nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

Eine besondere Herausforderung ist die ansteigende Altersarmut aufgrund des ungerechten Rentensystems sowie der Wendeumbrüche im Arbeitsleben. Hier setzen wir uns dafür ein, dass gerade ältere Mieter wegen teurer Mieten nicht ihre Wohnungen verlieren und auch kulturelle Angebote unabhängig vom Geldbeutel bestehen.

DANIEL TIETZE
Fraktionsvorsitzender



UNSERE FRAKTIONÄRE ANJA PAASCH, JANNEH MAGDO UND
JÜRGEN HOFMANN (V.L.N.R.) IM GESPRÄCH MIT DEM DIREKTOR
HERRN BARTHL DER SCHULE GRÜNER CAMPUS MALCHOW

Foto: Daniela Fuchs

GEMEINSCHAFTSSCHULE – MITEINANDER LERNEN, INDIVIDUELL FÖRDERN

»Eine Schule für alle« ist die Gemeinschaftsschule und sie ist Teil der Berliner Schulreform und ein erfolgsversprechendes Reformprojekt. Lichtenberg hat zwei Gemeinschaftsschulen, den Grünen Campus Malchow und die Paul-und-Charlotte-Kniese-Schule. Die Gemeinschaftsschule Grüner Campus Malchow mit dem Hauptstandort in Malchow und dem Campus in der Doberaner Straße war die erste Gemeinschaftsschule in unserem Bezirk Lichtenberg und ist vor allen Dingen dem Einsatz des Schulleiters, den Lehrkräften und den Eltern und Elternvertretern in den entsprechenden Gremien zu verdanken.

Von großer Bedeutung war die Umwandlung der Paul-und-Charlotte-Kniese-Schule, bestehend aus der Grundschule und dem Sonderpädagogischen Förderzentrum »Sehen« in eine Inklusive Gemeinschaftsschule mit dem Schwerpunkt »Sehen« ab dem Schuljahr 2015/2016 (DS/1024/VII). Mit einer kleinen Anfrage (KA/0140/VII) wurde um Unterstützung für den Grünen Campus Malchow gebeten. Die gewünschten Unterstützungen kamen dürrtig und zogen sich bis Anfang 2016 mit der Schließung der Doberaner Straße durch ein abschließbares Tor hin (DS 0045/0413/0172/1024/1208/VII).



Ziel sollte die Schaffung weiterer Gemeinschaftsschulen im Bezirk Lichtenberg sein, da auch weitere Schulen in unserem Bezirk Interesse an einer Umwandlung gezeigt haben. Wie auch schon in anderen Stadtbezirken von Berlin sollten auch wir verstärkt über die Rückführung privater Schulen in den normalen Schulbetrieb im Bezirk Lichtenberg nachdenken. Schon jetzt übersteigt die Nachfrage nach Plätzen an Gemeinschaftsschulen im Bezirk die bestehenden Kapazitäten.

PETRA WEITLING

FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
SILKE WENK



TRAUER UM EINEN GETÖTETEN RADFAHRER:
FÜR MEHR SICHERHEIT FÜR RADLER SETZT
SICH UNSERE FRAKTION EIN

Foto: Silke Wenk

WEG FREI FÜR RADLER

Grünanlagen, Spielplätze und Radverkehr sind keine Themen, die die grüne Partei für sich gepachtet hat, auch DIE LINKE engagiert sich auf diesen Gebieten. Ich bin im März 2015 in die BVV nachgerückt, seitdem bringe ich Anträge und Anfragen ein, die zum Ziel haben, den Radverkehr in Lichtenberg angenehmer zu gestalten.

In Berlin werden 1,5 Millionen Wege mit dem Fahrrad zurückgelegt. Die meisten Fahrten finden im Innenstadtbereich statt aber auch in Lichtenberg wird das Fahrrad als Verkehrs- und Transportmittel immer beliebter. Man sieht das an den immer

größer werdenden Abstellanlagen an den Bahnhöfen, die so groß sie auch sind, immer noch nicht reichen.

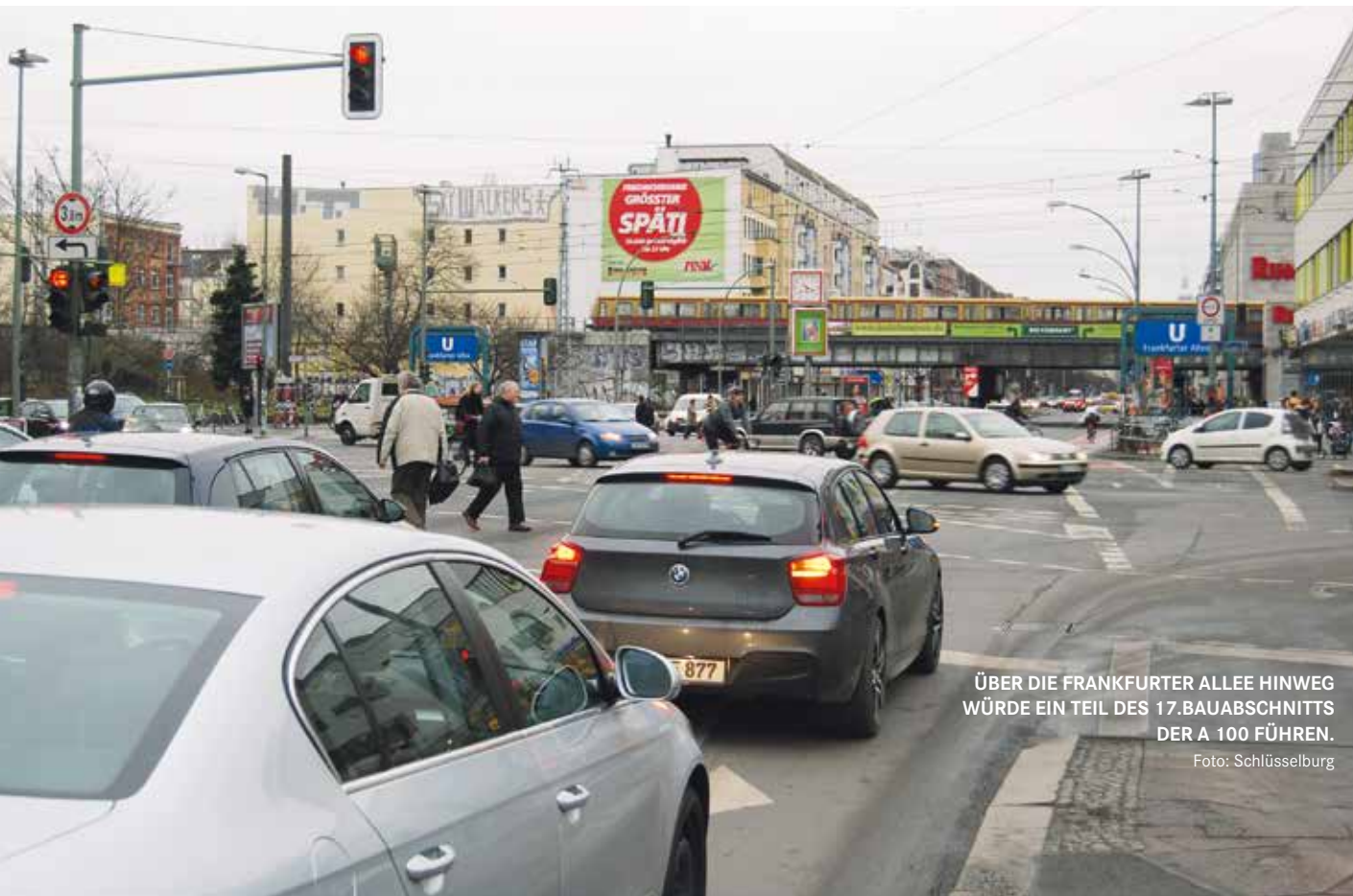
Die Situation der Radwege in Lichtenberg hat sich in den letzten Jahren schon deutlich verbessert. So wurde die südliche Rhinstraße beidseitig mit Radstreifen versehen. Dennoch gibt es viele Radwege, die marode sind oder Straßenabschnitte, die für Radfahrer lebensgefährlich sind, wenn sie Verkehrsregeln beachten wollen. Insbesondere an Baustellenabsperrungen wird regelmäßig der Radfahrer schon in der Planungsphase vergessen.



Mit der Radverkehrsstrategie will der Senat die Bedingungen für den erstarkenden Radverkehr verbessern. Hierfür werden Investitionsmittel bereitgestellt, fünf Euro im Jahr pro Einwohner. Aber wie viel kommt tatsächlich in Lichtenberg an und wie viel wird tatsächlich für den Radwegbau eingesetzt? Hier heißt es für DIE LINKE den Finger in die Wunde zu legen, die Beseitigung von Gefahrenstellen zu fordern und immer wieder nachzubohren, damit es nicht bei bloßen Ankündigungen bleibt.

SILKE WENK

FÜR SIE ERREICHT
EINE BILANZ DER FRAKTION DIE LINKE
NORMAN WOLF



ÜBER DIE FRANKFURTER ALLEE HINWEG
WÜRD E EIN TEIL DES 17.BAUABSCHNITTS
DER A 100 FÜHREN.

Foto: Schlüsselburg

A 100 STOPPEN

Es war im Jahr 2012 als wir das Unmögliche möglich machen wollten. Würde ein Reisebus am S-Bahnhof Betriebsbahnhof Rummelsburg halten können? Auf dem Weg nach Brüssel wagte der Busfahrer das Experiment und fuhr mit unserer Reisegruppe die Hönower Straße entlang direkt auf den Bahnhofsvorplatz. Damit war bewiesen, was das Bezirksamt bestritt. Durchaus könnte ein Bus der BVG dort halten und so das Anbindungsproblem lösen. Denn die Anwohner in Friedrichsfelde Süd wünschen sich seit langem, dass der 396 er oder 296 er Bus den Bahnhof mit ihrem Wohngebiet verbindet. Nach einem

Gespräch mit der BVG wurde schnell klar, was der Knackpunkt ist. Die Straße müsste für einen regulären Linienbetrieb ausgebaut werden. Dann würde die BVG diese Strecke auch bedienen. Immerhin ein Teilerfolg. Und so beantragten wir beim Bezirksamt den Ausbau. Dieser Antrag befindet sich noch in der Prüfung. Müde werden wir nicht, beim Bezirksamt nachzufragen, wann damit zu rechnen ist.

Ein weitaus größeres Verkehrsprojekt wird uns in den nächsten Jahren beschäftigen. Wir wollen die Anbindung der A 100 an Lichtenberg stoppen. Der 17. Bauabschnitt würde unseren Bezirk zerschnei-



den. Der A 100 Abzweig würde neuen Verkehr erzeugen und die Straßen entgegen mancher Behauptungen nicht entlasten. Stadtzerstörung zwischen Tasdorfer Straße und Wilhelm-Guddorff-Straße, an der neuen Bahnhofstraße/Gürtelstraße sowie Verlärmung der Kreuzung Frankfurter Allee Ecke Möllendorffstraße wären die Folgen. Das gilt es zu verhindern.

NORMAN WOLF
Fraktionsgeschäftsführer,
verkehrspolitischer Sprecher



AUF UNSERE INITIATIVE HIN WURDE DIE
FREIFLÄCHE AN DER FRANKFURTER ALLE/
ECKE MÖLLENDORFFSTRASSE
IN STEFAN-HEYM-PLATZ BENANNT.

Foto: Frank Schwarz